

# **Ungleichheit, Umverteilung und Öffentliches Kapital**

Giacomo Corneo

Berlin, 9. Oktober 2015

# Das europäische Projekt einer guten Gesellschaft basiert auf:

- Realer Demokratie
- Dynamischer Marktwirtschaft
- Großzügigem Wohlfahrtsstaat

## Problem:

Zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit



- Post-Demokratie
- Finanzielle Exzesse
- Sinkende Qualität öffentlicher Dienstleistungen

## Pikettys Aussage:

- Anstieg der Ungleichheit hat einen strukturellen Grund:  $r > g$
- Rettung nur durch Kapitalsteuern möglich, sodass  $r = g$
- Sonst Wiederaufleben einer Rentier-Gesellschaft wie im 19. Jahrhundert

Problem: Man wird durch Kapitalbesteuerung nicht erreichen können, dass  $r$  (nachsteuerlich) =  $g$  ist

Grund: Die notwendigen Steuersätze sind zu hoch

$$\left. \begin{array}{l} r \text{ (vor Steuer)} = 6 \% \\ g = 1,2 \% \end{array} \right\} \rightarrow t = 80 \%$$

mit fatalen Folgen für Investitionen  
und unternehmerische Initiative

- Die Unzulänglichkeit von Kapitalsteuern impliziert, dass Umverteilung auf der Ebene der Primäreinkommen aus Kapital einsetzen muss!

⇒ **Öffentlichem Kapital** kommt im europäischen Projekt des 21. Jahrhundert eine tragende Rolle zu

- Kapitalsteuern können niedriger ausfallen als von Piketty gefordert, was besser für den technologischen Fortschritt und das Produktivitätswachstum ist

## **Drei Schritte :**

- 0 Öffentlichen Kapitalstock aufbauen
- 1 Ethischer Sovereign Wealth Fund
- 2 Bundesaktionär

## Schritt 0: Aufbau eines öffentlichen Kapitalstocks

- Staatliche Schuldtiteln werden emittiert, um weltweit Aktien zu kaufen. Länder wie Deutschland können sich zum risikolosen Zins  $i$  Geld leihen.
- Wenn  $i < g$ , können die Finanzierungskosten durch Neuverschuldung abgedeckt werden. Sonst durch einen Bruchteil der Aktienrendite, z.B. 1- 3 % vs. 6 - 9 %.
- Die verbleibende Rendite kann für die Tilgung der aufgenommenen Schulden verwendet werden
  - ⇒ Ungefähr 15 Jahre später wird das Gemeinwesen öffentliches Kapital in Form von Aktien besitzen ohne ausstehende Schulden.

## Schritt 1: Sovereign Wealth Fund (SWF)

- Das Land gründet einen transparenten und politisch unabhängigen SWF mit der Zielsetzung, die langfristige Fondsrendite zu maximieren
- Das institutionelle Design sollte dem bereits existierenden SWF in Norwegen ähneln (dessen derzeitiger Marktwert ca. 170% des BIPs entspricht): ethische Gebundenheit der Anlageentscheidungen



## Schritt 1: Ethischer SWF

- Der Ertrag des SWF sollte langfristig der Regierung zustehen und für die Finanzierung einer **sozialen Dividende** verwendet werden
  - ⇒ Nachhaltige Reduzierung der Ungleichheit
- Langfristige Größenordnung: SWF = 50 % des BIPs und Fondrendite = 7 % ⇒ öffentliches Kapitaleinkommen = 3,5 % des BIPs (entspricht einer sozialen Dividende von ca. 1.300 € im Jahr)

## Schritt 2: Bundesaktionär (BA)

“Political influence is proportional to what one controls, not what one actually owns” (Morck et al., 2005)



- Das Land gründet eine neuartige öffentliche Institution - den BA - mit dem Ziel, die Kontrolle über **große** Unternehmen an Stelle der Kapitalisten auszuüben.
- Das institutionelle Design muss zwei grundlegende Probleme berücksichtigen:
  - **Anreiz-Problem:** Sicherstellung, dass die öffentlich-demokratischen Unternehmen effizient arbeiten
  - **Allokation-Problem:** Optimale Aufteilung zwischen öffentlicher und privater Trägerschaft

Zusammenfassung der zentralen Empfehlungen aus meinem Buch  
“*Bessere Welt*” (2014):

## **Anreize**

1. BA besitzt eine konstante Mehrheit (z.B. 51 %) der Anteile bestimmter börsennotierten Unternehmen. Die übrigen Anteile sind in privater Hand und werden frei auf dem Aktienmarkt gehandelt.
2. BA übt Kontrolle durch die Rechte aus, die aus seinem Aktienbesitz resultieren.
3. BA ist politisch unabhängig- ähnlich der Bundesbank- und hat die langfristige Maximierung der Kapitalrendite zum Ziel. Die Dividenden stehen der Regierung zu und werden zur Finanzierung der sozialen Dividende verwendet.

## Anreize

4. BA ist transparent. Die Vergütung für das Personal erfolgt leistungsabhängig (“yardstick-competition”).
5. BA ist unter Aufsicht einer bereits existierenden Organisation (z.B. Zentralbank). Gewerkschaften, Verbraucherverbände sowie Umweltschutzgruppen erhalten erleichterten Zugang zu allen relevanten Informationen.
6. BA fördert Mitbestimmung und Solidarität in seinen Unternehmen.

# Allokation

- Die optimale Aufteilung zwischen öffentlichem und privaten Trägern kann nicht im Voraus festgelegt werden.
- Erforderlich ist ein fairer Wettbewerb zwischen öffentlich-demokratischer und privat-kapitalistischer Governance.
- Fairness heißt nicht nur Gleichbehandlung, sondern auch Transparenz, die sicherstellt, dass Unternehmensgewinne aus genuinen Marktprozessen und nicht aus politischer Protektion resultieren



Der relative finanzielle Erfolg wird das relative Wachstum der zwei Formen der Steuerung bestimmen (demokratisch vs. kapitalistisch)



Pragmatisches Vorgehen, um zur optimalen Struktur zu konvergieren!

Kapitalistische Unternehmen sind weniger effizient als oftmals angenommen:

- Sie werden bisweilen von inkompetenten Individuen kontrolliert, die sie einfach geerbt haben
- Sie werden manchmal von gierigen Führungskräften finanziell ausgenommen
- Sie haben zu geringes Vertrauen in ihre Arbeitskräfte und befähigen diese nicht auf effiziente Weise

Wenn die Anreize für den BA klug ausgestaltet sind, hat die demokratische Steuerung ein großes Potenzial.

# Zusammenfassung:

- Die zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration bedroht das europäische Projekt einer guten Gesellschaft.
- Kapitalbesteuerung alleine kann diesen Prozess nicht aufhalten, da die benötigten Steuern zu hoch sind.
- Öffentliches Kapital soll eine tragende Säule unseres Wirtschaftssystems werden.
- Die Verwaltung und Steuerung öffentlichen Kapitals soll zwei neuen Institutionen zugeordnet sein: SWF und BA.